

Susanne Günther  
Ringstraße 4  
34513 Waldeck  
[susanne.guenther.waldeck@googlemail.com](mailto:susanne.guenther.waldeck@googlemail.com)  
schillipaeppa.net

Deutscher Presserat  
Postfach 100549  
10565 Berlin

**Beschwerde zu: „Zum Wohl der Tiere“, Der Spiegel 2/2017, S. 68-71**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich eine Beschwerde einreichen zu dem Artikel „Zum Wohl der Tiere“, erschienen am 7. Januar 2017 in „Der Spiegel“, Ausgabe 2/2017, S. 68-71.

Grundsätzlich: Ich bin sehr verwundert darüber, dass eine professionelle Autorin sich sprachlich so gehen lässt - in Zeiten, wo landauf landab über Hatespeech debattiert wird. Gerade Printjournalisten beschwerten sich häufig über das Niveau in den Online-Medien. Was soll ich vor diesem Hintergrund mit so einem Text anfangen? **Es gibt keine Kennzeichnung, dass es sich um einen Meinungsbeitrag handelt, dabei ist der Text voller (Ab)Wertungen und Übertreibungen.** Diese gesamte Tonalität empfinde ich als despektierlich und gehässig, zum Teil sogar als aggressiv. Ich erinnere mich an einen Artikel von Alexander Neubacher über TTIP-Demonstranten auf Spiegel Online, der als „Polemik“ betitelt worden ist. Eine solche Kennzeichnung wäre hier auch angebracht gewesen.

Was erwartet die Autorin, Frau Michaela Schießl, eigentlich für eine Reaktion aus Richtung der Landwirtschaft? Es wird bestimmt erboste Kommentare gegeben haben und das wird ihre Sicht der Dinge („die dummen Bauern“) sicher bestätigt haben. Mich erinnert so ein Vorgehen an Paul Watzlawicks *Anleitung zum Unglücklichsein*.

Ich habe die Leserbrief-Redaktion per E-Mail angeschrieben: Am 8. Januar 2017 habe ich den Brief per Mail verschickt, am 9. Januar wurde mir, ebenfalls per Mail, der Erhalt bestätigt. Seitdem habe ich nichts mehr von der Redaktion gehört.

Aus meiner Sicht missachtet die Autorin in diesem Artikel Grundsätze der Wahrhaftigkeit sowie die Sorgfaltspflicht (**Pressekodex Ziffer 1 und 2**), indem sie ihre persönliche Meinung nicht trennt von einer objektiven Berichterstattung über die Sachlage. Darüber hinaus folgt die Autorin m.E. unkritisch den Behauptungen von Greenpeace und hinterfragt diese nicht. Ihr Bild von der Landwirtschaft ist einseitig und zeugt von wenig Sachkenntnis. Gegenmeinungen zum dargestellten Konzept der NGO hat sie nicht eingeholt.

Im Folgenden nehme ich zu den einzelnen Passagen des Textes konkret Stellung. Meine Anmerkungen habe ich lila gekennzeichnet:

Der Spiegel	Meine Anmerkungen
<p>„Landwirtschaft Minister Christian Schmidt setzt unbeirrt auf eine industrielle, umweltschädigende Agrarindustrie. Dabei raten Experten dringend zur Abkehr. Modelle für eine funktionierende, nachhaltigere Alternative gibt es bereits.“</p>	<p>Nein, die NGO-Vertreter sind Aktivisten oder Lobbyisten, aber keine Experten, da differenziert sogar die taz besser. Der Beleg, dass es nachhaltigere Alternativen gibt, wurde nicht erbracht, weil in der Greenpeace-Studie, auf die sich die Autorin hier bezieht, die komplette ökonomische Seite nicht modelliert worden ist.</p>
<p>„Alle Jahr wieder hat der deutsche Landwirtschaftsminister die Weltbühne ganz für sich: Stets Ende Januar, wenn er als Gastgeber zur Grünen Woche nach Berlin bittet, der wichtigsten Ernährungs- und Landwirtschaftsmesse der Welt. Es ist das Hochamt der Branche. Wenn ein deutscher Landwirtschaftsminister also etwas Bedeutendes zu verkünden hätte, würde er das genau hier tun, im Scheinwerferlicht. Christian Schmidt, der amtierende Minister, hat einen anderen Ort vorgezogen. Am vorletzten Tag des Jahres 2016 - der Großteil des politischen Berlins hatte sich in die Feiertage absentiert - stellte er in seinem Ministerium still und leise das "Grünbuch" vor. Es ist nichts Geringeres als sein "Fahrplan für die zukünftige deutsche Ernährungs- und Agrarpolitik".“</p>	<p>Vielleicht ist es taktisch sinnvoller, einen anderen Zeitpunkt zu wählen, damit man nicht mit den zahlreichen Pressemitteilungen der NGOs und anderer Player in dem Sektor konkurrieren muss: 02.01.17: die Grünen über Bienen, 05.01.17: UBA zur höheren Mehrwertsteuer für tierische Produkte, 07.01.17: Greenpeace, 10.01.17: Konzernatlas von BUND et al., 12.01.17: Germanwatch/Die Grünen etc. Auf diese Weise hatte Schmidt vorgelegt und niemand kann ihm unterstellen, er hätte kein Konzept vorgestellt.</p>
<p>„Um kein anderes Thema (<b>Übertreibung</b>) wird gesellschaftlich so hitzig gestritten. Die Frage, was wir essen, wie Nahrung produziert wird und zu welchem Preis, erregt die Gemüter quer durch alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Es treibt Bauern vor die Regierungssitze, Verbraucher auf die Straße (<b>Wertung</b>), Wissenschaftler zur Verzweiflung (<b>Wertung</b>) und immer mehr Menschen aus Notwehr (<b>schon wieder eine Wertung</b>) zum Dinkelbratling. Es ist ein unbestreitbarer Fakt: Die Art, wie wir landwirtschaften, beeinflusst die Gesundheit, die Umwelt, das Klima. Und in letzter Konsequenz das Überleben der Menschheit.“</p>	<p>Dieser Satz kein Verb? Wie wäre es mit „sichert“? Wie wir landwirtschaften – hier und global – bestimmt, ob alle Menschen genug zu essen haben. Wofür hat Norman Borlaug noch einmal den Friedensnobelpreis bekommen? Nicht für die flächendeckende Einführung antiquierter Ackerbaumethoden.</p>
<p>„Doch der zuständige Minister lässt diese Zukunftsdebatte mal eben zwischen Tannenbaum und Silvesterböllern verschwinden wie ein Magier das Häschen im Hut. Übertroffen wird das gezielte Wegdücken (<b>seltsame Analyse: der Currywurst-Vorschlag war nicht wirklich ein Wegdücken. Wenn er sich hätte wegducken wollen, hätte sich Schmidt das gespart</b>) nur noch vom uninspirierten Inhalt des Grünbuchs. Der Fahrplan des Ministers ist, wenn man die Prosa vom "Bauer-zurück-in-die-Mitte-der-</p>	<p>An welchen Punkten machen die Autorin das fest? Die ersten beiden Punkte in der Ankündigung (<a href="http://www.bmel.de/DE/Ministerium/Gruenbuch/_texte/Vorstellung-Gruenbuch.html">http://www.bmel.de/DE/Ministerium/Gruenbuch/_texte/Vorstellung-Gruenbuch.html</a>) lauten: „Für die Zukunft der Landwirtschaft ist es wichtig, dass die bäuerlichen Familien weiterhin Zugriff auf die Ressourcen haben. Der Zugriff außerlandwirtschaftlicher und ausländischer Investoren auf den Boden muss dafür erschwert werden.“ Und: „Wir wollen</p>

<p>Gesellschaft" wegstreicht, der ewig gleiche: weiter wie bisher in Richtung Agrarindustrie.“</p>	<p>eine Agrarstruktur zugunsten des in den Regionen verwurzelten, aktiven Landwirts. Wir unterstützen zukünftig auch mit Hilfe der Direktzahlungen verstärkt bäuerliche, viehhaltende Betriebe bei den gesellschaftlich geforderten Veränderungsprozessen.“</p>
<p>„Die Agrarsubventionen sollen weiter vor allem an die Fläche gebunden sein und damit bevorzugt an Großbetriebe fließen.“</p>	<p>Das stimmt schon lange nicht mehr, siehe: <a href="https://www.agrar-fischerei-zahlungen.de/agrar_foerderung.html#direktzahlungen">https://www.agrar-fischerei-zahlungen.de/agrar_foerderung.html#direktzahlungen</a>: „Ab 2005 gab es eine Staffelung der Zahlungen, die ein Betrieb insgesamt erhält („Modulation“). Dieses Instrument wurde im Rahmen einer Überprüfung im Jahr 2009 weiter ausgebaut. Die ersten 5.000 € Direktzahlungen eines Betriebsinhabers wurden in vollem Umfang gewährt. Darüberhinausgehende Direktzahlungen wurden nach einem schrittweisen Anstieg inzwischen um 10 % gekürzt. Eine Summe von 300.000 € übersteigende Direktzahlungen eines Betriebsinhabers wurden zusätzlich um weitere 4 % gekürzt. (...) Die Umverteilungsprämie trat an die Stelle der Modulation und dient dazu, kleine und mittlere Betriebe besser zu fördern. So wurden im Jahr 2014 für die ersten 30 Hektar eines Betriebs zusätzlich 51,46 €/ha und für weitere 16 Hektar zusätzlich 30,87 €/ha gewährt.“</p> <p>Ein Nutznießer der Agrarsubventionen sind interessanterweise Naturschutzverbände wie Nabu oder BUND, die als Flächenbewirtschafter jedes Jahr Millionen kassieren. Diese Vereine gehören halt zu den „Großen“: <a href="http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/830528/naturschutzverbände-erhalten-umstrittene-eu-agrarsubventionen">http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/830528/naturschutzverbände-erhalten-umstrittene-eu-agrarsubventionen</a></p>
<p>„Der Weltmarkt, auf dem sich nur durchrationalisierte Akteure durchsetzen können, wird der Maßstab bleiben.“</p>	<p>Das lässt sich in einer globalisierten Welt auch kaum verhindern.</p>
<p>„Nicht einmal die angekündigten Verbesserungen sind glaubhaft: "Unterstützung bäuerlicher Betriebe, besseres Essen in der Schulverpflegung, mehr Tierwohl. Schade, dass dieser Minister in den drei Jahren seiner Amtszeit fast nichts von dem, was im Grünbuch steht, umgesetzt hat", spottet Greenpeace-Agrarexperte Martin Hofstetter.“</p>	<p>Das Grünbuch soll eine Art Fahrplan sein, keine Bilanz. Das heißt, es sind Dinge aufgeführt, die getan werden sollen und nicht welche, die schon getan worden sind. Haben die Autorin und Herr Hofstetter da eventuell etwas missverstanden? Darüber hinaus ist das Grünbuch als Diskussionsgrundlage gedacht. Schreiben Sie Herrn Schmidt doch mal einen Brief. Neben der Landwirtschaft sind die</p>

	<p>beiden weiteren Themenblöcke „Ernährung“ und „Ländliche Regionen“ doch sinnvoll. Auch in Sachen Klimaschutz und Nachhaltigkeit muss der Grundstein für eine vernünftige Ernährung doch bei den Kleinsten gesetzt werden. Die Landflucht ist ein Riesenproblem. Ohne junge Menschen keine Kinder und damit schwinden Kindergärten, Schulen sowie weitere Infrastruktur. Damit wird das Land unattraktiv – ein Teufelskreis.</p>
<p>„An grundsätzliche Änderungen durch ein staatliches Tierschutz-Label, das Schmidt auf der Grünen Woche vorstellen will, glaubt nicht einmal der Deutsche Tierschutzbund: "Wir raten dem Minister dringend, endlich Taten zu zeigen. Jetzt und systemverändernd und nicht mehr, wie bisher, systemdeckelnd. Dazu bedarf es keiner großen Worte oder Bücher mehr, dazu muss das Recht angepackt werden. Der Minister ist als aktiver Gesetzgeber gefordert", sagt Präsident Thomas Schröder: Er solle keine "Zeit vertun mit Semantikdebatten über Begriffe wie 'vegane Wurst'".“</p>	<p>Die Kritik an dieser Stelle ist seltsam, weil gerade der Tierschutzbund immer wieder dieses mehrstufige Tierschutzlabel gefordert und jetzt selbst eins eingeführt hat (<a href="http://www.morgenpost.de/web-wissen/article209153251/Neues-Etikett-fuer-mehr-Tierschutz.html">http://www.morgenpost.de/web-wissen/article209153251/Neues-Etikett-fuer-mehr-Tierschutz.html</a>)</p> <p>Die Faz schreibt am 30.12.2016 zum selben Thema (<a href="http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gruenbuch-des-agrarministers-ernaehrung-soll-einschulfach-werden-14597923.html">http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/gruenbuch-des-agrarministers-ernaehrung-soll-einschulfach-werden-14597923.html</a>): „Der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes Thomas Schröder lobte Schmidts Vorhaben, äußerte aber den Verdacht, es handle sich um eine „Redevorlage für den anstehenden Wahlkampf“.“</p>
<p>„Dieser Seitenhieb bezog sich auf einen Vorgang zwei Tage vor der Grünbuch-Vorstellung, der den Minister einmal mehr als Lobbyist der Fleischindustrie erscheinen ließ. Im Schulterschluss mit der CDU im Tierproduktionsland Niedersachsen forderte Schmidt in der "Bild"-Zeitung ein Verbot von Fleischnamen für Veggie-Produkte. Begriffe wie "vegetarisches Schnitzel" oder "vegane Currywurst" seien "komplett irreführend und verunsichern die Verbraucher", sagte Schmidt. Teuflische (Wer sagt das?) Begriffe also, die verboten gehören, wofür er sorgen werde. Und womit er in seiner Amtszeit wenigstens ein Problem gelöst hätte.“</p>	<p>Und zwar eins, das so trivial gar nicht ist, siehe „Analogkäse“. Auch die sogenannte Sojamilch darf nicht als „Milch“, sondern allenfalls als Sojadrink vermarktet werden. Die Wissenschaftsjournalistin Johanna Bayer resümiert: „Wie auch immer, die klare Kennzeichnung ist nichts, womit man spaßen sollte. Und sie ist auch deshalb wichtig, weil wir einer Zukunft entgegensehen, in der uns immer mehr künstlich nachgebaute Imitate statt echtem Essen untergejubelt werden. Und zwar im großen Stil. Nicht nur von Veganern, sondern auch von der Industrie und sogar von Staats wegen.“ (<a href="http://www.quarkundso.de/vegane-wurst/">http://www.quarkundso.de/vegane-wurst/</a>) Bei ALDI gibt es neu im Sortiment „Veggie-Fischstäbchen“ – das finde ich schon sehr verwirrend.</p>
<p>„Die Landwirtschaft steckt in einer existenziellen Krise - ökonomisch wie gesellschaftlich. Es ist kurios: Ausgerechnet die hochsubventionierte Landwirtschaft, die kaum zu Wertschöpfung und Beschäftigung beiträgt und um die sich sogar ein eigenes Ministerium kümmert, entwickelt sich zum Teil des Problems statt zum Teil der Lösung.“</p>	<p>Landwirte produzieren Lebensmittel. Die Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft haben erst ermöglicht, dass sich Deutschland zu einer modernen Dienstleistungs-, Industrie- und Wissensgesellschaft entwickelt hat. Andernfalls würde der größte Teil der</p>

	Bevölkerung immer noch auf den Feldern arbeiten.
„54 Milliarden Euro, 37 Prozent des gesamten EU-Haushalts, waren 2016 für die Landwirtschaft eingeplant. Das sind rund 106 Euro pro Bürger.“	Damit hat sich der Bürger das niedrige Preisniveau der Lebensmittel günstig erkaufte.
„Immer mehr von ihnen wollen die Tierhaltungsbedingungen, den Raubbau an der Natur, die Zerstörung von Grund und Boden nicht länger mitfinanzieren.“	Wenn das wirklich so ist, warum bleiben die Tierwohl-Fleischprodukte dann wie Blei in den Regalen liegen?
„Mehr als die Hälfte der Fläche Deutschlands, insgesamt 18 Millionen Hektar, wird durch Landwirte bewirtschaftet.  Obwohl deren Gehalt zu rund 40 Prozent aus den Direktzahlungen und Zuschüssen der Europäischen Union und des deutschen Staats besteht, fühlen sie sich wie Herren über das Land ((Ab)Wertung). Woher wollen Sie das wissen? Sie gehen mit dem Grund und Boden um, als wäre er ihr privates Ausbeutungsgebiet - und nicht die Nahrungsgrundlage für alle Menschen sowie die kommender Generationen.“	Der Boden ist die Basis der landwirtschaftlichen Arbeit – ich denke, das wissen Landwirte sehr genau. Wie kommt die Autorin zu dieser Aussage?
„Geht etwas schief - egal ob selbst verschuldet wie die aktuelle Milchkrise oder unverschuldet, etwa durch Wetterkapriolen -, halten sie die Hand auf. Ihre Ansprüche begründen sie mit ihrem Sonderstatus als Volksernährer.“	Grüne, NGOs etc. predigen doch immer, die kleinen Höfe sollen erhalten werden. Was sollen die kleinen Höfe denn tun, wenn sie mit Ihrem Betrieb jeden Monat mehrere Tausend Euro Verlust machen? Gerade die kleinen Betriebe haben oft Betriebsleiter, denen mangels Qualifikation schlichtweg die Alternativen fehlen. Wenn man kleine Höfe erhalten will, muss man Geld zuschießen, denn die halten national schon nicht mit den Großen mit, die eine wesentlich bessere Kostenstruktur haben und in der Regel professioneller organisiert sind. Die Ökonomie lässt sich nicht bescheißen.
„Jede Einmischung des Volkes aber wird empört abgelehnt - obwohl die Bürger nicht nur Kunden, sondern durch die Subventionen auch Geldgeber sind.“	Sehe ich nicht so: Es gibt Unmengen Initiativen – Grassroots-Bewegungen, Bauernverband, i.m.a., private Blogs etc. –, deren Ziel es ist, mit den Bürgern in Dialog zu treten und die moderne Landwirtschaft zu vermitteln. Auch in Sachen Tierwohl gibt es eine Menge Bewegung in der Debatte: Die Initiative Tierwohl war mehrfach überzeichnet.
„Jeder (wirklich jeder???) Außenstehende, der es auf einem Bauernverbandstag wagt, Dinge wie die Tierhaltung zu problematisieren, wird gnadenlos niedergemacht. "Unsere Tiere fühlen sich wohl", heißt es dann, "ihr habt ja alle keine Ahnung." Haben Sie dafür Beispiele? Belege bitte.	Es gibt einen Gerichtsbeschluss, dass der NDR die Sendung aus der Mediathek nehmen musste ( <a href="https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Landgericht-verbietet-NDR-Veroeffentlichung-heimlicher-Stallvideos-">https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Landgericht-verbietet-NDR-Veroeffentlichung-heimlicher-Stallvideos-</a>

<p>Doch dann strahlt das Fernsehen, wie kürzlich geschehen, geheime Aufnahmen aus den Ställen hochrangiger Bauernfunktionäre aus, in denen verletzte Tiere ohne Hilfe vor sich hin sterben, Ferkel brutal erschlagen werden, Schweine sich gegenseitig vor lauter Verzweiflung und Platznot blutig beißen.“</p>	<p>5155170.html)</p>
<p>„Man braucht "keine Ahnung" zu haben, um zu erkennen, dass das nicht richtig sein kann. Es ist eigentümlich:“</p>	<p>Man braucht sicher keine Ahnung zu haben, um eine bestimmte Meinung zu haben. Ich denke allerdings, wenn man Ahnung hätte, hätte man auch eine andere Meinung. Sechs Hühner (laut Autorenzeile) qualifizieren die Autorin nicht gerade dafür, in Sachen Tierhaltung fachkundig mitzureden.</p>
<p>„Vielen Tierhaltern scheint in der durchökonomisierten Fleischproduktion die Empathie für die Kreatur verloren gegangen zu sein. Dass die meisten Tiere in nicht artgerechte Haltungssysteme gesteckt werden, dass sie statt Erde nur Beton unter den Hufen spüren und nie Sonnenlicht sehen, dass sie sich kaum bewegen können und nichts von dem ausleben, was ihnen angeboren ist, und dass sie ihr kurzes Leben lang krank sind, erscheint in der Logik der Züchter und Mäster ganz und gar schlüssig.“</p>	<p>Das sind Unterstellungen. Die Autorin schließt von einer Wertung ihrerseits auf persönliche Eigenschaften von Menschen. Ich sage ja auch nicht, nur weil ich einen Text eines Journalisten für tendenziös und schlecht recherchiert halte, dass er oder sie ein gewissenloser und gefühlskalter Mensch ist, der seine ideologischen Eigeninteressen über handwerkliche Standards setzt. Ich glaube kaum, dass die Autorin einen guten Überblick hat, wie Tierhaltung in Deutschland aussieht.</p>
<p>„Damit sich die Ware (<b>Wertung</b>) nicht beschädigt, werden, ohne zu zögern (<b>Wertung: ... und aus niederen Beweggründen, klar böse Bauern halt</b>), Schweineschwänze und Hühnerschnäbel gekürzt, Kälberhörner ausgebrannt. Das sei Tierschutz, glauben die Bauern (<b>Wertung: dumme Bauern halt</b>). Das Tierschutzgesetz, das Tierleid ohne triftigen Grund verbietet, wird durch Ausnahmen aufgeweicht.“</p>	<p>Diese Maßnahmen sollen in erster Linie Tierleid verhindern. In modernen Brütereien, bei Puten ist das Standard, bei Legehennen war es z.B. in Niedersachsen auch vorgeschrieben, werden die Schnäbel nicht gekürzt, sondern mit einer Infrarotlampe behandelt. Dabei werden Blutgefäße und Nervenenden verödet, so dass sich die spitze Schnabelspitze nicht voll ausbildet. Das Picken bei Geflügel lässt sich nur bedingt durch die Haltung beeinflussen. Legehennenbestände mit unbehandelten Schnäbeln haben höhere Mortalitätsraten. Der Gesundheitsstatus von Nutztieren ist in der Biohaltung oft schlechter. Ist das erstrebenswert?</p>
<p>„Wie stark die Entfremdung zwischen Tierhüter und Tier mittlerweile ist, wurde kürzlich auf einer Milchkuhtagung in Niedersachsen deutlich. Da fragte ein Bauer, ein netter Mann mit Universitätsbildung, einen Tierschutzfunktionär, warum er so vehement auf Auslauf für die Tiere poche. "Das ist für euch irgendwie ein Symbol, oder?", fragte der Bauer. Allen Ernstes.“</p>	<p>Warum sieht ein Bauer das wohl so? Der Biobauer hier im Dorf hat auch einen Auslauf. Da dieser hoffnungslos überweidet ist, halten sich die Tiere da kaum auf, sondern sind lieber im Stall, wo es auch etwas zu fressen gibt. Ich möchte nicht wissen, wie überdüngt der Boden in Stallnähe ist. Gleiches gilt für Freilandhühnerhaltung: Die Fläche ist stets großzügig bemessen, aber die Tiere nutzen das nicht, sondern bleiben aus ihrem Sicherheitsbedürfnis heraus in Stallnähe. Als ob Auslauf automatisch die Glückseligkeit</p>

	bedeuten würde. Traurig, wie stark die Entfremdung zwischen manchen Journalisten und der Wirklichkeit ist.
„Der wissenschaftliche Beirat des Landwirtschaftsministeriums hat 2015 eine Bestandsaufnahme der Tierhaltung in Deutschland angefertigt. Prädikat: nicht zukunftsfähig. Als das Ergebnis vorab bekannt wurde, hatte Bundesminister Schmidt plötzlich keine Zeit mehr, an der selbst einberufenen Pressekonferenz teilzunehmen. In seinem Ministerium erzählt man sich, sein Parteichef Horst Seehofer habe ihn telefonisch zurückgepfiffen.“	Man erzählt sich, auf dem Greenpeace-Beiboot, das seinerzeit die Brent Spar begleitet hat, hätten Journalisten ihre Grundsätze in Sachen Distanz und Objektivität verloren. Michaela Schießl war damals auf dem Beiboot und berichtet in einer ARD-Reportage, dass die Situation schon etwas „embedded“ gewesen sei – was auch immer das heißen mag. Dieser wissenschaftliche Beirat hat übrigens festgestellt, dass „Massentierhaltung“ ein irreführender Begriff ist. Tierwohl ist dem Gutachten zufolge keine Frage der Betriebsgröße, sondern des Managements. Passt das auch in das Weltbild der Autorin?
„Das ethische (Ausdruck?) ist längst nicht das einzige Problem in der Tierhaltung. In den Massentierbetrieben fällt auch massenhaft Gülle an. Darüber und über Mineraldünger gelangen zu viel Stickstoff und Phosphat in die Umwelt und belasten Wasser, Luft und Böden. Das ist lange bekannt. Trotzdem sind die Nitratwerte in den Intensivregionen weiter hoch - weil Deutschland keine ausreichenden Gegenmaßnahmen getroffen hat. Dass die Europäische Kommission deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat - egal. Offenbar zahlt der Staat lieber Strafe, als für sauberes Trinkwasser zu sorgen. Und die Strafe zahlt: der Steuerzahler.“	Gegenstand der Klage ist vor allem die Rechtsgrundlage. Das Projekt „Novellierung der Düngeverordnung“ hat Minister Schmidt vom Vorgänger geerbt. Die neue Düngeverordnung ist beschlossen und im Juni in Kraft getreten. Hoch sind die Nitrat-Werte übrigens vor allem in Gemüseanbauregionen, weil dort viel gedüngt wird. Ob Greenpeace da glücklich fährt mit der Strategie, 50 Prozent vom Obst und Gemüse in Deutschland zu produzieren, darf bezweifelt werden. Apropos Gemüse: Rund 90 Prozent des Nitrats, das wir mit der Nahrung aufnehmen, nehmen wir mit Gemüse auf.
„Noch kritischer ist der wahllose (Wertung: Unterstellung einer kriminellen Handlung) Einsatz von Antibiotika. Er begünstigt die Entwicklung und Verbreitung von resistenten Mikroben bei Tier und Mensch. Zwar sinkt der Verbrauch, aber in der Landwirtschaft werden auch sogenannte Reserveantibiotika eingesetzt, die eigentlich nur nach strenger Indikation in der Humanmedizin benutzt werden sollen. Entwickeln sich auch dagegen Resistenzen, gibt es im Ernstfall keine Rettung mehr. Doch ein Verbot? Fehlanzeige. In einigen Krankenhäusern werden Nutztierhalter bereits als Risikopatienten eingestuft. Die höheren Behandlungskosten zahlt: die Allgemeinheit.“	Während Schmidts Amtszeit wurde das Antibiotika-Monitoring installiert. Alle Tierhalter müssen ihre Anwendungen melden. Tierhalter, die regelmäßig mehr einsetzen als der Durchschnitt, müssen mit Konsequenzen rechnen. Die Verschreibungsregeln dürfen in der Nutztierhaltung strenger sein als anderswo.
„Dazu kommt: Die moderne Landwirtschaft gefährdet auch die Artenvielfalt. Sie zerstört die Lebensräume der Feldvögel. Ihr Bestand hat sich in den letzten 30 Jahren in Europa halbiert,	Jede Form von Landwirtschaft schränkt die Biodiversität ein, auch die Ökolandwirtschaft. Wenn ich auf meinem Acker etwas ernten möchte, muss ich die konkurrierenden

<p>Tendenz steigend. Bienen finden keine ausreichende Nahrung mehr. Feldhamster haben in Deutschland inzwischen Seltenheitswert. Konsequenzen? Werden kaum gezogen.“</p>	<p>Pflanzen reduzieren. Und wenn ein Biobauer seinen Maisacker viermal hackt und dann noch die Feldränder scharf runtermulcht, ist der Feldlerche damit auch nicht geholfen. Wenn ich das Ganze von der Ertragsseite her betrachte, komme ich sogar zu dem Schluss, dass je Ertragseinheit die Biodiversitätsverluste bei konventioneller Landwirtschaft geringer ausfallen als im Ökolandbau. Das liegt letztlich daran, dass der Ökolandbau ineffizient ist. Und: Es gibt Blühstreifen- und Blühflächen-Programme sowie ökologische Ausgleichsfläche. Die Ausgestaltung dieser Förderung obliegt allerdings den Bundesländern.</p>
<p>„Auch die Landwirtschaft selbst wird, durch ihre stringenten Züchtungslinien, immer uniformer. Alte Getreidesorten, die auf lokale Bedürfnisse zugeschnitten sind, verschwinden zugunsten genormter Hochleistungszüchtungen, die sich meist im Besitz von Chemie-Multis wie Bayer, Dow oder Dupont befinden.“</p>	<p>Das ist kompletter Blödsinn: Ich empfehle mal einen Blick in die Sortenliste des Bundessortenamtes zu werfen, zum Beispiel die Liste zu „Getreide, Mais, Öl- und Faserpflanzen, Leguminosen, Rüben, Zwischenfrüchte: <a href="https://www.bundessortenamt.de/internet30/fileadmin/Files/PDF/bsl_getreide_2016.pdf">https://www.bundessortenamt.de/internet30/fileadmin/Files/PDF/bsl_getreide_2016.pdf</a> – ein Dokument mit mehr als 300 Seiten, in dem Tausende aktuelle Sorten aufgelistet sind. Die Sorten werden nach vielen verschiedenen Eigenschaften differenziert: Ertrag, Gehalt, Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten, Reifezeitpunkt, Neigung zu Lager etc. Und jedes Jahr kommen neue Sorten hinzu.</p>
<p>„Wer ein anderes Huhn halten will als das Standard-Hybrid-Modell, muss auf den Hobbyzüchtermärkten suchen.“</p>	<p>Wenn viele Hühnerhalter ein anderes Huhn haben wollten, sprich: wenn Nachfrage da wäre, wäre das anders. Es ist aber keine Nachfrage da. Zweinutzungsrasen sind durchaus in Arbeit, aber bislang fehlen die Erfolge: <a href="http://www.zeit.de/2012/11/N-Huehnerzuechtung">http://www.zeit.de/2012/11/N-Huehnerzuechtung</a></p>
<p>„Weniger bekannt sind die Auswirkungen der Monokulturen auf den Boden: Der großzügige Einsatz von Pestiziden ist auch eine Gefahr für das Bodenleben. (Belege bitte). Außerdem wird die Erde von gewaltigen Landmaschinen so verdichtet, dass sie weniger Wasser aufnehmen kann.“</p>	<p>Deswegen fährt der Landwirt auch nur auf sein Feld, wenn der Boden trägt. Für besondere Anforderungen und Situationen gibt es Reifendruckregelanlagen.</p>
<p>„Auf 36 Prozent der Fläche ist die Bodenfruchtbarkeit bedroht, stellte das Umweltbundesamt bereits 2011 fest.“</p>	<p>Die Autorin verwechselt Fruchtbarkeit mit Erosionsgefährdung. Ich konnte nur die Angabe „36 Prozent der Fläche sind erosionsgefährdet“ finden (z.B. hier: <a href="https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/bodenzustand_in_deutschland_0.pdf">https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/bodenzustand_in_deutschland_0.pdf</a>, S. 50).</p>



	<p>„erosionsgefährdet“ kann zum Beispiel schlichtweg Hanglage bedeuten. Hier besteht bei Starkregen die Gefahr, dass Boden weggeschwemmt wird. Eine besonders exponierte Lage ist erosionsgefährdet durch den Abtrag durch Wind. An den geologischen Verhältnissen ist der Landwirt weder Schuld noch kann er da viel dran ändern. Er kann aber seine Bodenbearbeitung den Verhältnissen anpassen, zum Beispiel via Direktsaatverfahren den Boden so minimalintensiv wie möglich für die Neuaussaat vorbereiten. Der Boden bleibt auf diese Weise in seiner Struktur erhalten, die Oberfläche ist immer bedeckt mit Pflanzenwuchs – das vermeidet Erosion durch Wasser und Wind. Da bei dieser Methode die Beikräuter aber nicht durch Pflug oder Grubber beseitigt werden, ist vor der Aussaat eine Anwendung mit Glyphosat notwendig. Auch für Bodenlebewesen wie Regenwürmer ist dieses Verfahren vorteilhaft, weil der Boden stets mit Pflanzenmaterial bedeckt ist und sie nicht durch den Pflug geschädigt werden.</p>
<p>„Die schwindende Humusschicht (eine Kombination von Direktsaat mit Zwischenfruchtanbau sorgt für eine Menge Humus im Boden) aber trägt zu einer globalen Bedrohung bei: der Klimaerwärmung. Seit den Beschlüssen der Uno-Klimakonferenz 2015 in Paris zum Stopp der Erderwärmung bei 1,5 Grad ist unabdingbar, dass auch der Agrarsektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Der Weltklimarat schreibt 31 Prozent der Treibhausgasemissionen direkt der Landwirtschaft zu, insbesondere der Tierhaltung, der Düngung und dem Umbruch von Flächen. Nimmt man Transport, Verarbeitung und Entsorgung von Lebensmitteln dazu, hängen weltweit fast 40 Prozent der Treibhausgase mit der menschlichen Ernährung zusammen.“</p>	<p>Die FAO kommt für die Tierhaltung mit Lieferketten auf einen Wert von 14,5 Prozent (<a href="http://www.fao.org/docrep/018/i3437e/i3437e.pdf">http://www.fao.org/docrep/018/i3437e/i3437e.pdf</a>). Und das ist ein Wert für die globalen Verhältnisse, der sich nicht auf unsere Verhältnisse übertragen lässt. Das UBA weist der Landwirtschaft bei der Produktion von Treibhausgasen einen Anteil 7,3 Prozent zu (<a href="https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/8_tab_t hg-emi-kat_2016-01-20.pdf">https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/384/bilder/dateien/8_tab_t hg-emi-kat_2016-01-20.pdf</a>) Warum nimmt die Autorin nicht diese Zahl?</p>
<p>„Angesichts der verheerenden Folgen, die die industrielle Landwirtschaft nach sich zieht, bleibt nur ein Schluss: Das gesamte System ist falsch, krank und hochgradig pervers. (Wertung: Geht's nicht noch kräftiger?) Die Krönung des Wahnsinns (Wertung) aber ist, dass viele Bauern trotz der Ökonomisierung ihres Berufs kaum noch von ihrer Arbeit leben können. Seit sie sich auf den Exportmarkt begeben haben, müssen die deutschen Landwirte mit den niedrigen</p>	<p>Selbst wenn deutsche Landwirte nicht exportieren würden, hätten sie mit den Weltmarktpreisen zu rechnen, weil Land- und Lebensmittelhandel keine Hemmungen haben, günstigere Waren aus dem Ausland zu importieren. Ohne Außenschutz wird man immer mindestens EU-weite Konkurrenz haben. Bei Eiern hat Deutschland momentan einen Selbstversorgungsgrad von unter 70 Prozent, da wird kräftig aus den Niederlanden</p>

<p>Weltmarktpreisen konkurrieren und tragen selbst zum immer größeren Angebot und sinkenden Preisen bei.“</p>	<p>und aus Polen zugekauft. Auch Geflügelfleisch wird importiert – schon aus diesem Bedarf heraus konkurrieren deutsche Erzeuger mit dem Ausland. Die niedrigen Preise für hiesige Erzeuger resultieren vor allem aus der Marktkonzentration im Lebensmittelhandel. Dafür sind andere Ministerien zuständig.</p>
<p>„Mittlerweile ist Deutschland der drittgrößte Agrarexporteur der Welt, ein Viertel der Produktion wird in Länder verkauft, die nicht Mitglied der EU sind. Doch auch daheim wollen Molkereien, Schlachthöfe und Lebensmittelhändler weniger bezahlen. Das Kalkül, im Ausland reich zu werden, ist bislang nicht aufgegangen. Die Nachfrage Chinas nach Milch und Schweinen wird sich legen, und ob andere Schwellenländer langfristig kaufen, weiß niemand.“</p>	<p>Ich glaube nicht, dass die Landwirte so kalkulieren. Sie haben einfach keine andere Wahl: wachse oder weiche. Wer keinen modernen Stall hat und die entsprechenden Flächen vorhält, kommt bei den Kosten und den wachsenden Auflagen nicht mit, die schneller wachsen als seine Erlöse. Und: Wer sich keine Mitarbeiter leisten kann, weil ihm die entsprechende Größe fehlt, schafft die stetig mehr werdende Büroarbeit schlicht nicht.</p>
<p>„Derweil sinkt das Einkommen der Landwirte stetig. Immer mehr kleine und mittlere Betriebe geben auf und werden von Großbetrieben oder branchenfremden Investoren aufgekauft, die Land als Anlageprodukt entdeckt haben. Bäuerliche Idylle könnte bald nur noch auf den Aufdrucken der Milchkartons zu finden sein.  Eine große Schar von Wissenschaftlern auf der ganzen Welt fordert seit Jahren die Abkehr von dieser Art der Agrarproduktion.“</p>	<p>Und eine noch größere Schar von Wissenschaftlern fordert, endlich moderne Züchtungstechnologien zu berücksichtigen und diese auch Entwicklungsländern zur Verfügung zu stellen: <a href="http://supportprecisionagriculture.org/nobel-laureate-gmo-letter_rjr.html">http://supportprecisionagriculture.org/nobel-laureate-gmo-letter_rjr.html</a></p>
<p>„Doch das Spiel geht unbeirrt weiter. Nur so könne man die steigende Weltbevölkerung ernähren, behaupten die Akteure. Ein Land allein könne keinen Vorstoß wagen, sagen Politiker. Und Christian Schmidt schreibt ein Märchen (<b>Wertung</b>) in sein Grünbuch: "Wir erleben 2030 eine Landwirtschaft, die Verantwortung für das Tier und die Umwelt übernimmt und dabei ihre wirtschaftlichen Chancen nutzt."  Das aber kann nur gelingen, wenn er seine Strategie sofort und grundlegend korrigiert. Zu diesem Ergebnis zumindest kommen Agrarexperten verschiedener Nichtregierungsorganisationen, die die Landwirtschaft einer schonungslosen Fehleranalyse unterworfen haben und das machen, was die Politik eigentlich leisten müsste: Lösungsvorschläge erarbeiten und Wege aus dem Irrsinn finden.  Greenpeace hat vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) eine 110 Seiten starke Studie erstellen lassen, die dem SPIEGEL</p>	<p>Ich habe das Greenpeace-Modell (<a href="https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170105_agrarwende_2050_lf.pdf">https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170105_agrarwende_2050_lf.pdf</a>) in meinem Blog untersucht: Viele Flächen, die heute als Weide für den Futteranbau genutzt werden, lassen sich nicht beackern. Um sinnvolle Fruchtfolgen zu haben, wird auch Futtergetreide wie Gerste oder Triticale angebaut. Weizen in Backqualität zu erzeugen, gelingt nur auf Gunststandorten wirklich zuverlässig. Viel von dem Weizen, der geerntet wird, ist nicht für die menschliche Ernährung geeignet. Beispiel Dänemark: Mit Änderungen im Düngerecht durfte weniger Stickstoff auf die Felder. Daraufhin sanken die Proteingehalte so stark, dass das Land Backweizen importieren musste. Das Düngerecht wurde daraufhin wieder geändert.  Details dazu hier: <a href="https://schillipaeppla.net/2017/01/08/agrotopia/">https://schillipaeppla.net/2017/01/08/agrotopia/</a></p>

vorliegt. Das Ziel war: der Entwurf eines Landwirtschaftsmodells, das bis zum Jahr 2050 die Klimagase um die Hälfte reduziert, eine für die rund 80 Millionen Deutschen ausreichende Menge gesunder, hochwertiger Lebensmittel erzeugt und gleichzeitig die Umwelt schützt. Das Ergebnis stimmt hoffnungsfroh: Nach Auffassung der Wissenschaftler kann genau das erreicht werden - trotz niedrigerer Erträge, reduzierter Ackerfläche und niedrigerer Importe. Es brauchte allerdings einen kompletten Wandel der Landwirtschaft plus eine Ernährungswende: Der Fleischkonsum müsste bis 2050 mehr als halbiert (*da wird sich der Verbraucher aber freuen*) und die Lebensmittelabfälle um die Hälfte reduziert werden, sonst gehe die Rechnung nicht auf.

Das Greenpeace-Modell legt 30 Prozent biologische und 70 Prozent ökologisierte konventionelle Produkte zugrunde. Statt der Exportorientierung ist der Maßstab die 100-prozentige Selbstversorgung der Bevölkerung; nur bei Obst und Gemüse kann die Hälfte zugekauft werden. (*Wie soll das rechtlich in einem EU-Binnenmarkt überhaupt durchgesetzt werden?*)

Die Vorschläge, was getan werden müsste, lesen sich wie der Gegenentwurf zum Status quo:

- Es würden nur noch so viele Nutztiere gehalten, wie zur Erzeugung von Milch und Fleisch für den heimischen Markt benötigt werden. Die würden dafür aber artgerecht gehalten werden. Die Jahresleistung einer Kuh soll auf dem jetzigen Stand von durchschnittlich 7400 Kilogramm Milch verbleiben und nicht weiter gesteigert werden, die Zahl der Eier pro Henne soll auf 230 statt 295 reduziert werden und eine Sau soll nur noch zweimal im Jahr werfen. Beim Geflügel würde man auf Zweinutzungsrasen zurückgreifen, damit viele etwa das Schreddern der männlichen Küken weg. Außerdem sieht das Modell regionale Obergrenzen für Tierbestände vor.
- Weniger Tiere bedeuten weniger Futter - womit Äcker frei werden würden, die bislang für den Anbau von Futter genutzt wurden. 60 Prozent der heutigen Fläche dient diesem Zweck. Für die Tiermast sollte kein Soja aus Übersee mehr eingekauft werden, es sollte ausschließlich aus der Heimat beziehungsweise Europa stammen. So verhindert man klimaschädlichen Anbau von Soja-Monokulturen und weite Transporte.“

<p>„-Auch auf chemisch-synthetischen Pflanzenschutz will man in der neuen Landwirtschaftswelt verzichten. Der daraus folgende Ertragsrückgang von rund 40 Prozent müsste auch dadurch ausgeglichen werden, dass weniger Nahrung weggeschmissen wird, auch schon in der Produktion. Derzeit landet rund ein Drittel aller erzeugten Lebensmittel im Müll.“</p>	<p>Aus krummen Kartoffeln lassen sich nicht gut Pommes schneiden. Wenn es so einfach wäre, Verwurf zu reduzieren, warum machen wir das nicht einfach schon? Noch ein Beispiel: In den Läden werden bis kurz vor Ladenschluss alle möglichen Brotsorten vorgehalten, damit der Kunde auch nach seiner Arbeit noch die maximale Auswahl hat. Da bleibt eine Menge übrig. Soll so eine Praxis verboten werden? Dazu würden massive Markteingriffe nötig werden und ein Berg an Bürokratie. Der Verzicht auf chemisch-synthetischen Pflanzenschutz erzeugt ja nicht gleichmäßig 40 Prozent weniger Ertrag, den man woanders leicht kompensieren kann. Der letzte Sommer hat gezeigt, dass zum Beispiel Winzer oder Kartoffelbauern, wenn Ihnen nicht die entsprechenden Mittel zu Verfügung stehen, auch einmal ein Jahr gar nichts ernten. Weitgehend heimische Kartoffel-Produktion in einem feuchtwarmen Sommer ohne chemisch-synthetische Wirkstoffe bedeutet kiloweise bodenschädliches Kupfer auf die Felder fahren. Wem ist damit gewonnen? In der Ankündigung der Veröffentlichung steht, dass alle bienenschädlichen Pestizide verboten werden sollen, dann bitteschön auch die für den Ökolandbau zugelassenen Wirkstoffe Spinosad und die Pyrethrine?</p>
<p>„-Mit einer gezielteren Düngung will man die Einbringung von Stickstoff im Boden reduzieren. Zum Artenschutz würden ökologische Vorrangflächen geschaffen und Moore renaturiert. Auf 15 Prozent der Äcker dürfte keine Lebensmittelproduktion stattfinden. -Als klimaschonende Maßnahmen würde darauf geachtet, kohlenstoffreichen Humus zu belassen, die Tierbestände zu verringern und Stickstoff gezielter zu einzusetzen. -Die politische Ausrichtung auf die Förderung von Milch und Fleisch würde umgehend beendet. Steuerliche Fehlanreize, wie die Agrardieselverbilligung oder die Mehrwertsteuerverbilligung für Fleischprodukte, liefern aus.“</p>	<p>Solche Maßnahmen würden vor allem ärmere Bevölkerungsteile treffen, siehe dazu die zahlreichen Kommentare in den Medien zum Vorstoß des UBA, die Mehrwertsteuer auf tierische Produkte anzuheben.</p>
<p>„Und die EU-Gelder sollten ab 2020 nur noch dafür genutzt werden, den Umbau systematisch voranzutreiben. Die Direktzahlungen dürften nicht mehr wie bisher an die Fläche gebunden werden, sondern würden nur noch für qualifizierte ökologische Leistungen erfolgen.“</p>	<p>Nicht bis ins letzte Detail, Kosteneffekte nicht berücksichtigt? Ach, das ist bestimmt wie bei der Energiewende, die kostet ja auch nur eine Kugel Eis.</p>

<p>Das Zukunftsmodell mag noch nicht bis ins letzte Detail ausgearbeitet sein, auch die Kosteneffekte sind nicht berücksichtigt.“</p>	
<p>„Trotzdem haben die Umweltschützer schon jetzt mehr (???) getan als der Bundeslandwirtschaftsminister: Sie haben Zeit, Geld und Mühe investiert, um die Blaupause für eine gesellschaftlich akzeptable Landwirtschaft zu entwerfen, die Ressourcen für die kommenden Generationen bewahrt.“</p>	<p>Ich bin mir sicher, dass die Skizze, die Greenpeace hier vorlegt, nicht gesellschaftlich akzeptiert wird. Das fängt beim Fleischkonsum an und hört bei dreimal Kohlsuppe in der Woche auf. Das haben die Veggie-Day-Bemühungen der Grünen, Hendricks ursprüngliche Klimaschutzpläne und zuletzt der Mehrwertsteuer-Vorstoß vom UBA eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Wie kann man nur so ignorant sein?</p>
<p>„Und sie stehen nicht allein. Im Auftrag des EU-Parlamentarier Martin Häusling (Grüne) haben Agrarexperten von Germanwatch Vorschläge für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik erarbeitet. Sie sind in Sachen Direktzahlungen, Tierbestand und -haltung, Fleischkonsum, Produktionsdrosselung, Exportstrategie und vielem mehr zu nahezu identischen Lösungen gekommen wie die Experten im Auftrag von Greenpeace.“</p>	<p>Oh, das ist ja überraschend: Grüne, Greenpeace und andere Vertreter von BIG GREEN sind einer Meinung – kommt ja sonst nie vor ... Im Gegenteil: Die sprechen sich ab und betreiben aktive Arbeitsteilung: Der eine sucht Keime im Grillfleisch, der andere in der Mettwurst, der eine findet Glyphosat in Muttermilch, der andere in Bier – dann wird das Ganze noch zeitlich getaktet und fertig ist das Panikorchester. Wahrscheinlich tauschen die sich auch im Vorfeld der Grünen Woche aus, wer welches Thema mit einer Auftragsarbeit beackert. Auch in diesem Jahr ist denen eine schöne Themenstreuung gelungen: keine Dopplungen – so ein Zufall aber auch.</p>
<p>„Der Dreh- und Angelpunkt für eine Neuausrichtung sei die Ausgestaltung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik, analysieren Reinhild Benning und Tobias Reichert in dem 80-seitigen Germanwatch-Bericht, der am kommenden Donnerstag in Berlin vorgestellt wird. Bisher entfalte der Großteil der Subventionen eine schädliche Wirkung auf die Artenvielfalt, den Tier- und den Klimaschutz.</p> <p>Wie sehr das System aus dem Ruder gelaufen ist, belegen die Autoren an einem eindrucklichen Beispiel: Die gesellschaftlichen Schäden für Gesundheit, Umwelt, Artenvielfalt und Klima, die durch die Überdüngung mit Stickstoff entstehen, sind größer als die daraus resultierenden Erträge der Landwirte. "So zahlt die Gesellschaft zweimal: für die Agrarsubventionen und die Nachsorge."“</p>	<p>Gäbe es die Agrarsubventionen nicht, wären erstens die Betriebe noch größer, weil Kosteneffizienz der entscheidende Erfolgsfaktor wird, und zweitens wären Lebensmittel wesentlich teurer oder kämen aus dem Ausland, wo billiger produziert werden kann. Die meisten Subventionen bekommen jetzt schon die Biobauern: Betriebswirtschaftliche Auswertungen haben ergeben, dass im Bio-Bereich praktisch der gesamte Gewinn aus Subventionen stammt. Ist das gerecht, das Essen der Besserverdienenden viermal so hoch (doppelte Prämie/Hektar bei halben Ertrag/Hektar) zu fördern wie das der ärmeren Bevölkerungsteile?</p>
<p>„Wer von dem alten System profitiert, damit haben sich unter anderem der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), die Heinrich-Böll-Stiftung und Oxfam gemeinsam auseinandergesetzt. Kommende Woche</p>	<p>Wer behauptet das: „nur mit Chemie“? Ich kenne niemanden, der das ernsthaft behauptet.</p>

<p>veröffentlichen sie erstmals den "Konzernatlas" mit Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie.</p> <p>Darin beschreiben sie die Global Player des internationalen Agro-Business, schildern die Tricks der Landgrabber und Saatgutkonzerne, räumen mit dem Argument auf, dass der Hunger in der Welt nur mit Chemie zu bekämpfen sei.“</p>	
<p>„Für den Mitinitiator und BUND-Vorsitzenden Hubert Weiger ist die Bilanz der deutschen Agrarpolitik der zurückliegenden Jahre verheerend. "Beim Thema Glyphosat, beim Düngerecht und beim Tierschutz: Agrarminister Schmidt macht sich jedes Mal zum Sprachrohr der Agrarindustrie", sagt Weiger.“</p>	<p>Beim Thema Glyphosat macht sich Schmidt vor allem zum Sprachrohr der Wissenschaft. Der BUND hingegen hat sich mit üblen Desinformationskampagnen bei diesem Thema nicht gerade mit Ruhm bekleckert.</p>
<p>„Jüngstes Beispiel: Vergangenen Donnerstag torpedierte Schmidt den Vorstoß des Umweltbundesamts, die Mehrwertsteuer auf Milch und Fleisch wegen der klimaschädlichen Folgen der Viehhaltung zu erhöhen. Er wolle "den Bürgern nicht durch Strafsteuern vorschreiben, was auf den Tisch kommt", so Schmidt.“</p>	<p>Und mit dieser Meinung steht Schmidt nicht allein. Hier eine Auswahl von Personen und Organisationen, die sich ähnlich geäußert haben: Umweltministerin Hendricks, Anton Hofreiter, foodwatch. Ich habe im Internet keinen journalistischen Kommentar gefunden, der die Idee begrüßt.</p>
<p>„Für Weiger ist klar: "Der Landwirtschaftsminister hat es nicht geschafft, sich gegen die Lobby der Agrarchemie- und Futtermittelindustrie durchzusetzen."“</p>	<p>Hört sich an wie beleidigte Leberwurst (um im Bild zu bleiben), übersetzt heißt das: Er hat sich nicht für meine polemischen Zwecke instrumentalisieren lassen.</p>
<p>„Statt für nötige Reformen zu kämpfen, halte er lieber, wie auf der Grünen Woche vor zwei Jahren, für das ZDF-Satiremagazin "heute-show" ein Schild mit "Je suis Greußener Salami" hoch.</p> <p>Das immerhin gibt es auch nicht alle Tage: einen Politiker, der sich selbst als Würstchen präsentiert.“</p>	<p>Herzlichen Glückwunsch, die Autorin hat das Niveau der BILD erreicht: siehe „Agrarminister Schmidt macht sich zur Wurst“ (<a href="http://www.bild.de/politik/inland/christian-schmidt/bizzarer-auftritt-heute-show-gruene-woche-39478306.bild.html">http://www.bild.de/politik/inland/christian-schmidt/bizzarer-auftritt-heute-show-gruene-woche-39478306.bild.html</a>) Wie hätte der Minister denn reagieren sollen? Hatte er eine Wahl? Wie wirken denn die Auftritte der Spaßbremsen, die sich den Offerten der heute-show-Protagonisten entziehen?</p>

Mein Fazit: Auch ein Dokument von Greenpeace lässt sich kritisch hinterfragen. Offensichtlich hatte die Autorin eine Art Exklusiv-Zugang zur Langfassung und musste sich auch nicht an die Sperrfrist (Samstag, 8:00 Uhr) halten, denn das ePaper vom *Spiegel* erscheint bereits am Freitag.

Ich möchte Sie bitten, meine Beschwerde zu prüfen und erwarte Ihre Rückmeldung.

Mit freundlichen Grüßen

Susanne Günther